

[Aufruf an Kanzlerin Angela Merkel zur Initiierung einer Krisengruppe auf höchster politischer Ebene zur Krisenbewältigung in der Ukraine](#)

19.02.2014

Heute, am 19.02.2014 um 16 Uhr, werden ukrainische Aktivisten vor der ukrainischen Botschaft eine Demo organisieren, um ihre Trauer über die Toten bei den letzten Auseinandersetzungen in der Ukraine zum Ausdruck zu bringen. Ebenso wird morgen, am 20. Februar, eine Demo in der Nähe des Auswärtigen Amtes organisiert (16:00- 17:30 Uhr) mit der Forderung nach Sanktionen gegen einzelne Regimemitglieder in der Ukraine sowie Initiierung einer Krisengruppe zum Zwecke einer Hilfe zur Krisenbewältigung in der Ukraine. Nachfolgend finden Sie einen Aufruf dazu an Kanzlerin Angela Merkel.

Berlin, 19.02.2014 // Heute, am 19.02.2014 um 16 Uhr, werden ukrainische Aktivisten vor der ukrainischen Botschaft eine Demo organisieren, um ihre Trauer über die Toten bei den letzten Auseinandersetzungen in der Ukraine zum Ausdruck zu bringen. Ebenso wird morgen, am 20. Februar, eine Demo in der Nähe des Auswärtigen Amtes organisiert (16:00- 17:30 Uhr) mit der Forderung nach Sanktionen gegen einzelne Regimemitglieder in der Ukraine sowie Initiierung einer Krisengruppe zum Zwecke einer Hilfe zur Krisenbewältigung in der Ukraine. Nachfolgend finden Sie einen Aufruf dazu an Kanzlerin Angela Merkel.

Wir, engagierte Ukrainer und Menschen aus anderen Ländern, Aktivisten des Euromaidans Wache/Alternative Botschaft in Berlin rufen Kanzlerin Angela Merkel dazu auf, unverzüglich eine internationale Krisengruppe zu bilden, bestehend aus Staatsoberhäuptern mehrerer EU-Mitgliedsstaaten, sowie der Repräsentanten der EU, OSZE und des Europarats und Delegierter der Vereinigten Staaten, um in der jetzigen Krisensituation in der Ukraine als Mediator zu fungieren und einen Plan zur Krisenbewältigung in der Ukraine auszuarbeiten. Um eine weitere Eskalation der Gewalt in der Ukraine zu verhindern und das Land aus der Krise zu führen, ist ein internationales direktes Engagement notwendig. Deutschland trägt dabei, als eines der politisch einflussreichsten Länder innerhalb der EU, eine besondere Verantwortung und sollte diese daher durch aktiveres politisches Handeln in Bezug auf die Ukraine wahrnehmen.

Über mindestens 25 Tote und 1.000 Verletzte ist nach den letzten Ausschreitungen in Kyjiw (Kiew) berichtet worden. Zahlreiche Menschen wurden festgenommen und zu Polizeistationen gebracht – oft mit Verweigerung von Rechtshilfe. Das Haus der Gewerkschaften, welches sich direkt auf dem Maidan befindet und als Hauptzentrale der Protestierenden diente, wurde in Brand gesetzt. Angeblich kam es dadurch zu mehreren Toten, da das Haus gleichzeitig eine provisorische Krankenstation beinhaltete. Das Niederschlagen der Protestierenden auf dem Maidan begann gestern um ca. 20:00 Uhr und dauerte, mit einigen Unterbrechungen, bis heute früh. Die entstandene Pattsituation dauert bis jetzt an. Zeitgleich bereiten sich Protestierende auf weitere Angriffe seitens der Polizei vor. Schon vor den Ausschreitungen wurden von der Polizei mehrere Zufahrten zur Stadt blockiert sowie die U-Bahn in der Stadt außer Betrieb genommen, um somit Menschen daran zu hindern, in die Stadt bzw. ins Zentrum zu gelangen, um die Protestierenden zu unterstützen. In der Nacht scheiterten die Verhandlungen zwischen Janukowytsch und der Opposition angeblich aus dem Grund, weil Janukowytsch als Ultimatum für die Fortführung der Verhandlungen den sofortigen Stopp der Proteste anführte. In seinem späteren Statement beschrieb er die Proteste als gesetzwidrige Handlung und rief de-facto die Anführer der Opposition dazu auf, sich von den Protesten zu distanzieren. Dies führte zu einem erneuten Entfachen der Proteste in Kyjiw (Kiew). In manchen regionalen Zentren der westlichen Ukraine (Iwano-Frankiwsk, Lwiw, Ternopil) nahmen die Protestierenden Polizeistationen und Verwaltungsgebäude unter ihre Kontrolle.

Die Eskalation der Situation begann am Dienstagvormittag. Dabei versprach die verhältnismäßig ruhige Stimmung davor bereits Möglichkeiten zu Kompromissfindung. Am Wochenende hatten die Protestierenden die meisten Verwaltungsgebäude in Kyjiw (Kiew) und in anderen regionalen Zentren, welche vorher während der Proteste eingenommen waren, freigegeben – als Gegenleistung für die Freilassung der inhaftierten Aktivisten. Diese wurden zwar aus der Haft entlassen, begaben sich aber unter Hausarrest. Gleichzeitig wurde der Straftatbestand, dessen sie verdächtigt wurden, noch zusätzlich erschwert. Am Dienstagnachmittag organisierten Tausende Protestierende einen friedlichen Zug zum ukrainischen Parlament, mit dem Ziel, die Wiedereinführung der Verfassung von 2004 zu

fordern. Dieser Schritt würde signifikant die Macht des Präsidenten beschneiden und eine Basis für eine kompromissbereite Politik schaffen. Trotz des friedlichen Starts kam es zu gewaltigen Ausschreitungen. Die Bereitschaftspolizei und deren Scharfschützen griffen die Protestierenden nicht nur von den Straßen, sondern auch von den Dächern der umliegenden Gebäude an. Später, im Laufe des Tages, bezeichneten das Ministerium für innere Angelegenheiten sowie der Sicherheitsdienst die Protestierenden als Extremisten, die unschuldige Menschen töteten und Chaos stifteten. Dies würde den Maidan spalten. Kurze Zeit später begann die Bereitschaftspolizei, den Maidan niederzuschlagen. Die Konfrontationen dauern bis jetzt an.

Kontakt: Iryna Solonenko, (Eng, +49 176 555 85 491), Oleksandra Bienert (De, +49 176 481 338 62)

Euromaidan Wache Berlin, <http://euromaidanberlin.wordpress.com/>

maidan.wache.berlin{ät}gmail.com

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.